

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Der Oldenburgische Volksfreund**

**Oldenburg**

No. 61, 31. Juli 1850

**urn:nbn:de:gbv:45:1-4866**

Der  
**Oldenburgische Volksfreund.**

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Zweiter Jahrgang.

Erscheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Conrant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlagshandlung angenommen.

**Die Union und das Plenum.**

Darf man sich nach dem Befinden der beiden hohen Kranken erkundigen? Liegen sie beide hoffnungslos darnieder? Liegen sie in den letzten Zügen? Werden beide sterben? Oder werden beide genesen? Oder wird nur der Eine mit dem Leben davon kommen? Oder wie soll es überhaupt in Deutschland werden? Auf diese und ähnliche Fragen erhält man alle Tage Antwort in den Zeitungen, aber niemals eine runde und klare. Bald heißt es: mit der Union ist es aus, bald, sie wird nicht von Preußen aufgegeben; dann heißt es wieder, das Plenum soll sich in die engere Bundesversammlung verwandeln, weil es so nicht vorwärts kommen kann. Dabei wird viel Papier verschwendet; es wird geschrieben und geschrieben, und gehandelt nirgends. Es ist augenblicklich ein so trostloser Zustand in Deutschland, wie er seit länger Zeit nicht gewesen ist. Nach der Ursache dieses jämmerlichen Zustandes zu fragen ist ein unnöthiges Bemühen und schafft keinen Trost oder wenigstens nur einen leidigen Trost. Denn die letzte Ursache liegt in dem Haß der Parteien, der Stämme und hauptsächlich der Dynastien gegen einander. Und diesen Haß löst kein Mittel; nur die Gewalt könnte ihn auf einige Zeit unterdrücken. Aber zur Gewalt zu schreiten fürchten beide Parteien. Preußen läßt ruhig Sachsen und Hannover aus der Union scheiden; es sieht sie nur noch als rechtlich mit sich verbunden an, aber sie factisch zu ihrer Pflicht anzuhalten, dazu zeigt es keine Energie; es schafft ein Provisorium, und läßt dabei beide Hefen entweichen; kommt nun endlich ein Definitivum zu Stande, so wird das wieder den Abfall mehrerer Staaten nach sich ziehen und Preußen bleibt

allein — Dank seiner Unentschlossenheit. Oesterreich hat freilich nicht nöthig, bei dieser Schlassheit Preußens zu handeln; es gewinnt immer mehr Boden, aber er ist doch nur ein trügetischer. Denn wenn es mal Ernst werden sollte zwischen Preußen und Oesterreich, dann werden die kleinen Staaten schnell bei der Hand sein, um Preußen als der nächsten und größten Macht wieder die Hand zu reichen. Aber wann wird es Ernst? So gräßlich auch ein Bürgerkrieg ist, so ist er doch dem jetzigen faulen Zustande vorzuziehen, der nur demoralisirt. Alles sehnt sich nach einer endlichen Entscheidung; mag sie ausfallen wie sie will — möge sie nur bald kommen.

**Wie hat der Freund der Kirche der Berufung zur Synode gegenüber sich zu verhalten?**

Die Wahlen zur Landessynode stehen bevor, die obige Frage drängt also zur Entscheidung. Wir fragen zunächst: sollen wir wählen? Die Verfassung unserer Kirche ist seit einem Jahre in Wirksamkeit, das Urtheil der Einsicht ihr in Hauptbestimmungen entgegen, im Anfang wie jetzt, hier wie auswärts. Dieses Resultat war die natürliche Folge des allgemeinen Stimmrechts, denn Einsicht und Gesinnung sind Kleinode, die dem rohen Griff der Massen sich nur zu häufig entziehen. So ist unsere Kirche dem Zufalle überlassen. Warum also sollen wir uns an den Wahlen betheiligen, deren Gehaltlosigkeit wir besorgen? Wir antworten: wir wollen wählen, um einen



gefehligen Boden zu gewinnen, zum Kampfe für die Ehre der Kirche.

Also wählen! Mit Vorbehalt, unter Bedingungen? Nein, dies wäre fruchtlos, gefehllich ohne Folgen.

Aber wen sollen wir wählen?

♦ Männer von echt evangelisch-lutherischem Geiste, von Einsicht in das Heil der Kirche, von Entschlossenheit, dafür in die Schranken zu treten, und von Muth, den Kampf zu Ende zu führen, Männer, die den Gözen der Menge verachten, und es für eine Ehre halten, für ihre Ueberzeugung zu leiden.

Sehen wir uns um nach ihnen!

Und welchen Beruf hätten sie in der Synode?

Ueber eine Revision der Kirchenverfassung und des Wahlgesetzes, sowie über die Wiederanknüpfung der so schroff und übereilt abgebrochenen Verbindung mit dem Staate im Sinne der Kirche Christi Anträge bestimmt zu formuliren, und deren Annahme von der Synode zu verlangen.

Werden sie hiemit durchdringen?

Der Wahrscheinlichkeit nach schwerlich.

Aber wie weiter?

Dann bleibt ihnen der Antrag auf Schluß oder Vertagung der Synode, um dem Lande Zeit zu lassen, das Werk der Verfassung an der weitem Erfahrung zu prüfen, denn selbst die Menge ist zugänglich für die Lehre aus eigenen, bittern Erfahrungen, und diese werden nicht ausbleiben. Man würde denn später den abgebrochenen Faden mit mehr Aussicht auf Erfolg wieder aufnehmen.

Sollte denn dieser Vorschlag Aussicht auf die Zustimmung in der Synode haben?

Wir wissen es nicht, wäre aber auch er ohne Erfolg, dann würden die Antragsteller austreten und die weitere Entwicklung erwarten müssen.

X.

**Schleswig-Holstein.**

Preußen hat sich durch den Friedensabschluß mit Dänemark ein Verdienst um Deutschland erworben, schreibt Schwarzenberg in seiner Depesche an das Ministerium. Dieses Verdienst danke ihm, wer mag und kann! Oesterreich ist mit dem Frieden einverstanden, weil er europäische Verwickelungen verhütet. Also Furcht vor Rußland — oder besser Abhängigkeit von Rußland! Rußland und Oesterreich blasen ja aus Einem Horn und Preußen — erwirbt sich in Oester-

reichs Augen ein Verdienst um Deutschland, das heißt macht uns von Rußland abhängig. Denn was Preußen und Oesterreich thut, muß ganz Deutschland sich gefallen lassen, oder läßt's sich gefallen. Was thun und was können die kleinen Staaten jetzt für Schleswig-Holstein thun? Die Kammern in Hannover trennen sich mit einem Hoch! auf beide Herzogthümer, und sammeln einige Thaler — das ist Alles! Hannover will bloß Dänemark entschieden übel, will ihm bloß ein schiefes Gesicht machen und meint damit mehr auszurichten als durch Krieg. Die Kammern in Baiern trennen sich unter Erhebung von ihren Sigen für Schleswig-Holstein, und sammeln einige Thaler — das ist Alles! In Württemberg macht der Stände-Ausschuß Vorstellungen wegen des dänischen Friedens; es wird ihm vom Ministerium bedeutet, er solle sich nicht um Sachen kümmern, die ihn nichts angingen; die guten Sächserleins haben ein neues Wahlgesetz zu machen und es gebracht ihnen deshalb an Zeit, sich um deutsche Interessen zu bemühen. Alle vier Königreiche wollen ratificiren, nur wissen sie noch keine rechte Form dafür zu finden; die Form soll die möglichst kränkende für Preußen sein, das ist ihre Hauptföge und unterdeß geht Schleswig-Holstein zu Grunde. Hätte nur Hannover den Muth, Truppen nach Holstein zu schicken und den Krieg im Namen Deutschlands zu beginnen! aber dazu gehört freilich ein revolutionärer Muth, denn ein solches Wagstück könnte leicht zu einem allgemeinen europäischen Kriege führen — und der fehlt gar sehr in Hannover! Die kleinen Staaten — nun, das sind Nullen.

Desto erhebender ist die Haltung und Einmüthigkeit der Presse. Kein Blatt, das noch einen Funken von Patriotismus fühlt, heißt den Frieden gut und wünscht den Herzogthümern Böses; nur die neue preussische und die niedersächsische Zeitung sehen in den Schleswig-Holsteinern nichts anders als demokratische Rebellen wider Recht und Gesetz; aber die Presse ist völlig ohnmächtig; ihre Waffen sind durch den schlechten Gebrauch, den man seit 1848 von ihnen gemacht hat, gänzlich stumpf geworden; die Presse läßt sich hören, aber Niemand achtet ihrer und alle ihre Worte verhallen im Winde.

Privatleute thun sich zusammen und vergessen des Parteihaders, um mit Geld die Holsteiner zu unterstützen; fast überall in Deutschland wird gesammelt und Einzelne zahlen große Summen; in Frankfurt zahlen Einzelne mehrere hundert Gulden; in Braunschweig hat Einer 300 Thaler gegeben, mit dem

versprechen, alle Jahre, so lange der Krieg dauert, so viel zu zahlen, Andere 100 Thaler; und auch in Oldenburg ist verhältnißmäßig viel gezahlt (Einzelne selbst 100  $\text{fl}$ ); aber wird Schleswig-Holstein den Krieg mit den Beiträgen weiter führen können, zumal da der erste Zusammenstoß mit den Dänen unglücklich ausgefallen ist? Warum zahlen die Staaten ihre Schulden nicht? Ja, die wollen beim Reich liquidiren! Sie glauben mehr gethan zu haben, als sie von Rechtswegen zu thun schuldig waren. Mag auch wohl sein, daß einzelne Staaten im Verhältniß zu andern zu viel geleistet haben — aber ist es jetzt Zeit, abzurechnen, wo es sich um die Erhaltung eines Gliedes, und zwar eines kräftigen Gliedes des deutschen Bundes handelt? Und wo wollen sie abrechnen, wo ist das Reich? Ein Narr wartet auf Antwort. Und wer müßte zahlen? Oesterreich vor Allem, das auch nicht den kleinsten Finger für Schleswig-Holstein gerührt und keinen Kreuzer, nicht einmal einen Kreuzer Schein gezahlt hat. — Aber Oesterreich dankt Preußen für diesen Frieden, und will alle und jede Agitation für die Sache der Herzogthümer ungedrückt! Und von da soll noch Geld und Rettung kommen? Preußen kann Deutschland helfen oder konnte wenigstens; es hatte wohl Lust, aber keinen Muth; Oesterreich kann nicht und will nicht — die kleinen Staaten taumeln zwischen beiden hin und her und brüsten sich doch mit Selbständigkeit; jeder Staat sieht den Splinter in des Andern Augen, aber den Balken in seinen eigenen sieht er nicht — das ist der Zustand Deutschlands. Gott erhalte es, denn die Menschen verderben es.

### Die österreichische Depesche über den preussisch-dänischen Frieden.

Wie Oesterreich diesen Frieden ansieht, darüber spricht die Depesche sich klar aus in folgenden Worten: „Wir freuen uns aufrichtig, (!) daß endlich ein Friedensschluß zwischen der Regierung von Preußen und der Krone von Dänemark zu Stande gekommen ist. Die Haltung, welche die kaiserliche Regierung bei dem Beginne des unheilvollen Kampfes, dem durch dieses Friedenswerk ein Ziel gesetzt ist (!), eingenommen und während dessen Dauer auch behauptet hat, läßt keinen Zweifel darüber bestehen, daß sie zwar gerechte Ansprüche des deutschen Bundes und der Herzogthümer gewahrt wissen wolle, und deren Geltendmachung nicht verabsäumen (!) werde, zugleich aber

auch mit lebhaftem Bedauern (!) erkannt habe, wie schwierig die Lösung der streitigen Fragen und wie groß die dem Frieden Deutschlands, ja selbst der Ruhe Europa's aus diesen Fragen erwachsende Gefahr durch den Umstand geworden sei, daß die Partei der Bewegung (!) sich derselben bemächtigt hatte und sie für ihre Berechnungen auszubenten und zu mißbrauchen bemüht war. Es muß daher als eine glückliche Fügung betrachtet werden, daß wir diese Gefahr als beseitigt ansehen können, indem durch den geschlossenen Frieden der Boden für eine gewissenhafte und unbesangene Prüfung der entgegenstehenden Ansprüche gewonnen ist. — Preußen hat sich dadurch den allgemeinen Dank verdient, und wir hoffen, daß die Sachlage allenthalben von diesem Gesichtspunkte werde aufgefaßt werden (d. h. vom Plenum). Wir wollen uns bei jedem Anlasse dafür verwenden, daß dies geschehe und sind überzeugt, daß wenn diese Angelegenheit neuerdings der Vorwand (!) zur Agitation in Deutschland werden sollte, solchen Bemühungen entschieden entgegenzutreten sei. (Hört Ihr?) Demgemäß erklären wir uns von unserm Standpunkte als europäische Macht mit dem abgeschlossenen Friedensvertrage einverstanden. Was hingegen die Ratification betrifft, können wir zur Theilnahme an einem solchen Acte nur in unserer Eigenschaft als Mitglied des deutschen Bundes berufen sein. — — — Es würde aber mehreren wichtigen Bestimmungen der Bundesverträge entgegen sein, wenn ich Sr. Majestät die Ratification des Friedens als eines Bundesfriedens vorschlagen wollte.“ — Genug! Könnte Juda eine andere Politik befolgen, wenn er im Rathe des Kaisers säße? Als europäische Großmacht billigt Oesterreich den Frieden, und als Bundesglied verwirft es ihn! Warum sagt es nicht entweder gerade heraus, daß der Friede faul ist, wie er es ist, und daß es deshalb den Beitritt verweigere? Oder wenn er ihm gut und ehrenvoll erscheint, wenn es ihn als glückliche Fügung ansieht, warum ratificirt es nicht sofort in beiderlei Eigenschaft? Aber nein, der Bundestag, der gute alte Bundestag soll erst restaurirt sein, das ist der ganze Schlüssel zu dieser doppelzüngigen Politik Oesterreichs. Und ist der Bundestag erst restaurirt, — dann wird sich das Uebrige schon finden.

### Postverbindung.

Wildeshausen. — In N<sup>o</sup> 57 des Volksfreundes findet sich ein Aufsatz, „das Postinstitut“

überschrieben, mit welchem wir uns nur darin einverstanden erklären können, daß die Posten möglichst zur Bequemlichkeit des Publikums, wofür sie eigentlich da sind, eingerichtet werden, um so mehr, weil eben dadurch das Institut immer mehr gehoben und sogar die Einnahme manchmal vermehrt werde.

Was das Liberale u. s. w. der obersten Postbehörde anbelangt, so können wir dem eben nicht beistimmen, es sei denn, daß die Postbehörde es sich als ein Verdienst um uns anrechnen wolte, uns hier seit dem 1. d. M. wöchentlich einige Mal einen einspännigen Postwagen, von Harpstedt kommend, sehen zu lassen, der hier ohne Anschluß bald darauf wieder nach Harpstedt zurückfährt, wofür Oldenburg an Hannover angeblich reichlich 80  $\text{R}$  zahlen muß.

Wir können, wenn uns ein Gelüst anwandelt auch mal zu versuchen wie es sich mit der Post fährt, uns auf diesen Wagen setzen und uns in das nahe Hannöversche hineinkutschiren lassen.

Mit dem 1. d. M. fährt hier der Omnibus auch nicht mehr, und haben wir außer der am Donnerstag und Sonnabend von Bremen kommenden Reitpost, welche uns Briefe und Zeitungen von dort mitbringt, keine directe Verbindung mit Bremen.

Wenn wir hier nun schon so häufig um eine Fahrpostverbindung zwischen Bremen und Lingen gebeten, und dabei auf unsere Belegenheit, guten Chaussees u. s. w. aufmerksam gemacht, ohne unsern Zweck erreicht zu haben, so erhellet daraus gewiß, daß wir gerechte Klagen gegen die oberste Postbehörde haben, welche, unbegreiflich, den Postwagen statt von Ahlhorn nach hier und Delmenhorst, im Zickzack von Ahlhorn nach Oldenburg und dann nach Delmenhorst fahren läßt.

Wenn wir auch keinesweges zu dem glücklichen Nachbarlande gehören mögten, so bezweifelt wir doch nicht, daß wir uns hinsichtlich der Postverbindung bei demselben besser wie jetzt stehen würden. Uns ist wenigstens im Hannöverschen kein Ort nach Lage und Größe wie Wildeshausen bekannt, der nicht seine Fahrpostverbindung hätte.

### Abschied der Officiere.

Es haben mehrere Officiere von hier um ihren Abschied gebeten, um in den Reihen des schleswig-

holsteinischen Heeres zu kämpfen. Ob alle denselben erhalten werden, ist noch ungewiß, aber zu wünschen wäre es jedenfalls. Was dem Abschied entgegenstehen könnte, wäre allein, daß diese Officiere hier unentbehrlich wären. Denn bei der Ertheilung des Abschiedes brauchen keinerlei politische Rücksichten genommen zu werden, wie bei der Ertheilung des Urlaubs. Wer den Abschied nimmt, hört auf oldenburgischer Officier zu sein, und kann sich wenden, wohin er will. Ob bei unserm Corps dasselbe gilt, was beim preussischen Heere gilt, daß jeder verabschiedete Officier, der gegen Preußen dient, als Deserteur angesehen wird, ist mir unbekannt; thut hier auch nichts zur Sache; denn wer für Schleswig-Holstein kämpft, kämpft nicht gegen Deutschland, sondern für Deutschland. Sind nun die Officiere, die um ihren Abschied gebeten haben, hier unentbehrlich? Ich weiß es nicht, glaub' es aber schwerlich. Die Rekruten sind eingeeb't, die Gedienten werden in diesen Tagen entlassen, und wenn es wahr ist, wie es heißt, daß zwei Bataillone Infanterie ganz eingehen sollen — so hätten wir Officiere im Ueberfluß und könnten leicht neun oder zehn entbehren — vorausgesetzt, daß es Infanteristen sind. Artilleristen zu entlassen, soll nämlich schon schwieriger sein, weil kaum die nöthige Anzahl von Officieren vorhanden ist (?) und weil die Artillerie uns nicht allein gehört, sondern den Hansestädten mit Unterofficiere haben, wie man hört, noch nicht um Abschied gebeten; die meisten indeß, wenn nicht alle, dienen zugleich als Stellvertreter; dieser Umstand erschwert ihren Austritt aus dem Dienst oder macht es geradezu unmöglich. So sagt man wenigstens. Denn an Muth, an Lust und an Herz für die schleswig-holsteinische Sache fehlt es gewiß den Unterofficieren ebensowenig als den Officieren.

Gestern Abend haben die Infanterie-Officiere Becker II., v. Wedderkop, Heye, Protz, Hartmann, Starklos den verlangten Abschied erhalten und sind noch in derselben Nacht nach Rendsburg abgereist. Den Artillerie-Officieren Strackerjan und v. Blüskow II. ist dagegen der Abschied verweigert.

Gestern lief das Gerücht in der Stadt um, daß von Frankfurt Befehl gekommen sei, das Truppen-cors mobil zu machen. Wird wohl nur Gerücht sein.

Der  
**Oldenburgische Volksfreund.**

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Zweiter Jahrgang.

Erscheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlagshandlung angenommen.

**Die Kirchenverfassung.**

Die Redaction des Volksfreundes hat sich bei den Besprechungen über die Kirchenverfassung durchaus passiv verhalten. Sie hat die Angriffe wie die Verteidigungen aufgenommen und dem Kampfe durchaus freien Lauf gelassen; daß die Angriffe zahlreicher waren, liegt in der Natur der Sache. Wenn die Redaction im Folgenden ihre persönliche Ansicht über die Kirchenverfassung ausdrückt, so will sie dadurch keineswegs den Streit in diesem Blatte beendigen, sondern wird fernerhin, als Redaction, einen völlig unparteiischen Standpunkt einnehmen und Keinem, der für oder gegen die Kirchenverfassung schreiben will, das Blatt verwehren. Sie betrachtet das kirchliche Gebiet als ein durchaus neutrales.

I.

Es ist noch nie eine Verfassung, sei es im Staate wie in der Kirche, zu Stande gekommen, ohne Widerspruch erfahren zu haben, und es besteht keine ohne täglich Widerspruch zu erfahren. Es ist unmöglich, daß Alle und Jede mit allen und jeden Artikeln einverstanden sein können. Eine Verfassung kann aber trotz des Widerspruches gut sein und Bestand haben, wenn sie im allgemeinen Einklange mit den wirklich empfundenen Bedürfnissen steht und den leitenden Behörden Kraft genug verliehen ist um sich Respect zu verschaffen und die Ordnung aufrecht zu erhalten. Genügt nun unsere Kirchenverfassung diesen beiden Bedingungen?

Was waren die Bedürfnisse der Kirche vor Einführung der Kirchenverfassung? Um es ganz allgemein zu sagen, Freiheit war das erste und hauptsäch-

lichste Bedürfnis. Die Kirche war völlig zu einer Staatsanstalt geworden; die oberste Behörde war vom Staate eingesetzt, die Pfarren wurden ohne alle Beteiligung der Gemeinde vergeben, Gesetze wurden ohne Anhörung einer Synode erlassen, die Geistlichen waren nichts weiter als kirchliche Staatsbeamten. Die letzteren besonders fühlten die Abhängigkeit der Kirche vom Staat und ihre gedrückte Stellung; darum ging auch von ihnen seit längerer Zeit der Ruf nach einer Synode aus. Daß der kirchliche Sinn der Gemeinden auf eine Presbyterial- und Synodalverfassung gedrungen hätte, davon ist nichts bekannt. Einestheils war und ist der kirchliche Sinn erschlaft, andererseits lagen Verfassungsfragen den Gemeindegliedern zu fern. Unter der Freiheit, welche die Geistlichen verlangten, ist aber wohl schwerlich die Art von Freiheit verstanden, welche die jetzige Kirchenverfassung giebt. Wie früher Alles von der höchsten Behörde abhing, so ist jetzt der Schwerpunkt der Gewalt in die Masse der Gemeindeglieder verlegt. Dagegen ist an und für sich nichts zu sagen, wenn nur der rechte echte christliche Geist und Sinn, wie er zur Zeit des Urchristenthums vorausgesetzt wird, noch jetzt vorhanden wäre. Es läßt sich aber nicht läugnen, daß die Richtung der Zeit weniger eine religiöse als eine politische ist, und daß die Bewegungen in der Kirche, wie z. B. die Bildung der Deutschkatholiken und freien Gemeinden größtentheils entweder von politischen Tendenzen ausgingen oder in solche endeten. Daß unsere Kirchenverfassung, die gerade zu einer Zeit entstand, als die politischen Wellen noch hoch gingen, eine politische Färbung erhalten hat, ist unverkennbar. Sie ist über das eigentliche Ziel, das mit Bewußtsein erstrebt wurde, hinausgekommen, und hat mehr gegeben

